

Politik muss Entscheidungen treffen, um die Finanzen der Pflegeversicherung zu stabilisieren

Gespräch mit Gernot Kiefer, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des GKV-Spitzenverbandes

Herr Kiefer, Sie haben kürzlich weitere Arbeiten am Umbau der Pflegeversicherung gefordert, damit die bessere Bezahlung von Pflegekräften finanziert werden kann. Welche zusätzlichen Ausgaben erwarten Sie?

Gernot Kiefer: Die bessere Bezahlung von Pflegekräften ist in der Sache richtig und gut begründet. Sie schlägt aber, je nach Umsetzungstempo, mit bis zu fünf Milliarden Euro mehr im Jahr zu Buche. Nach der jetzigen Konstruktion müssen das auch die Pflegebedürftigen durch höhere Eigenanteile schultern. Aber schon heute kann sich ein Durchschnittsverdiener einen Eigenanteil von aktuell durchschnittlich rund 2.180 Euro pro Monat in vollstationärer Pflege nicht mehr leisten, weil dafür oftmals das Alterseinkommen gar nicht ausreicht. Das wird in diesem Jahr etwas gemindert, weil die alte Regierung mit gestaffelten Zuschüssen der Pflegeversicherung auf den letzten Metern gegengesteuert hat. Trotzdem muss an dem Thema der steigenden Eigenanteile weitergearbeitet werden.

Wie hoch sind nach Schätzungen des GKV die Kosten für die geplante Personalisierung?

Gernot Kiefer: Die neue Personalbemessung soll den Bedarf an Fach- und Assistenzpflegekräften in den Pflegeheimen besser abdecken – nach bundeseinheitlichen Maßstäben und auf die jeweilige Bewohnerstruktur zugeschnitten. Das ist ein großer Fortschritt, der auch die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs in den einzelnen Einrichtungen weiter fördert. Zur Umsetzung hat der Gesetzgeber ein mehrschrittiges Vorgehen geregelt. Bereits jetzt gibt es ein Förderprogramm für zusätzliche Hilfs- und Assistenzkräfte. Als anschlie-



Foto: GKV-Spitzenverband – Florian Küttler, floriankuetter.de

Gernot Kiefer, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des GKV-Spitzenverbandes

ßenden Schritt wurde im GVWG eine anteilige Umsetzung der neuen Personalbemessung im vollstationären Bereich ab Juli 2023 geregelt. Das verursacht nach unseren Berechnungen ab 2024 jährliche Kosten von rund 2,6 Milliarden Euro. Begleitend führt der GKV-Spitzenverband im Auftrag des Gesetzgebers aktuell ein Modellprogramm zur Evaluation und Weiterentwicklung der neuen Personalbemessung durch. Abhängig von den Ergebnissen werden die ab 2023 geltenden Stellenschlüssel noch einmal angepasst, was zu weiteren Kosten führen kann. Hier müssen wir aber die zukünftige Gesetzgebung abwarten.

Wäre das nicht auch der Moment, um die Pflegeversicherung grundsätzlich fit zu machen für die Herausforderungen der nächsten Jahre?

Gernot Kiefer: Die Pflegeversicherung muss permanent weiterentwickelt werden – in dieser Legislaturperiode wie darüber hinaus. Der Koalitionsvertrag der Ampelregierung liest sich dazu stellenweise wie ein Formelkompromiss: SPD und Grüne stehen für eine Bürgerversicherung, die FDP ist strikt dagegen und

nun sprechen alle von einer freiwilligen, paritätisch finanzierten Pflege-Vollversicherung. Es wird versucht, einen dritten Weg zu finden. Dabei sind 90 Prozent der Bevölkerung in der sozialen Pflegeversicherung, zehn Prozent in der privaten Pflegepflichtversicherung. Es ist nicht zwingend, dass Menschen mit einem überproportional hohen Einkommen so behandelt werden wie Menschen, die trotz dauerhafter Arbeit nicht vorsorgen konnten. Dies war ein historischer Kompromiss, der aus den Ursprüngen der Pflegeversicherung stammt. Dabei lohnt die Überlegung, Solidarität auch über die Gesamtheit der Bevölkerung zu organisieren.

Ist es zutreffend, dass die Kasse der Pflegeversicherung demnächst leer ist, wenn keine zusätzlichen Steuerzuschüsse fließen?

Gernot Kiefer: Das endgültige Ergebnis für 2021 steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest. Wir gehen jedoch davon aus, dass die Gesamtausgaben die Gesamteinnahmen um mehr als eine Milliarde übersteigen. Der Start der Pflegeversicherung in das neue Jahr 2022 ist damit finanziell eng gestrickt, denn das Defizit aus 2021 konnte so gerade noch durch die Rücklagen ausgeglichen werden. Ein Grund ist, dass die Pflegeversicherung in der Pandemie durch den Pflegerettungsschirm sowie die Testverordnung in erheblichem Umfang zusätzliche Kosten für die Pflegeheime übernommen hat, damit die Einrichtungen durch ihre Corona-Mehrkosten nicht in eine finanzielle Schieflage geraten. Den gesetzlich notwendigen Mittelbestand hat die Pflegeversicherung damit erreicht, was bedeutet, dass die Politik im ersten Halbjahr 2022 dringend Entscheidungen treffen muss, um die Finanzlage zu stabilisieren. Nicht zu handeln ist keine Option!

Um die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen versorgen zu können, muss die Beschäftigung in der Pflege noch sehr viel schneller wachsen als bisher schon. Welche Maßnahmen können Sie sich vorstellen?

Gernot Kiefer: Den Mangel an Pflegekräften zu beheben, ist eine Mammutaufgabe. Dazu kommt, dass die Pandemie die Tendenz verstärkt hat, aus dem Pflegebe-

ruf in eine andere Beschäftigung zu wechseln. Entscheidend für die Personalsituation wird sein, dass die Pflegeeinrichtungen weiterhin viel ausbilden. Wir müssen darüber hinaus den Arbeitsalltag besser organisieren, etwa mit intelligenten Schichtsystemen in allen Pflegeheimen, und wir müssen dafür sorgen, dass mehr Fachkräfte in ihrem Beruf bleiben. Angesichts der großen Herausforderungen brauchen wir auch die Hilfe ausländischer Pflege-

kräfte. Aber hierbei sind wenigstens Basis-Sprachkenntnisse eine Grundvoraussetzung, weil das sonst erhebliche Qualitätseinbußen nach sich zieht – denn gerade für ältere Menschen ist das persönliche Wort von großer Bedeutung. Um es klar zu sagen: Das Vorhaben ist verständlich, aber auch überschätzt. Die Lösung für unseren Pflegekräftemangel können wir nicht importieren, da sind wir als Gesellschaft selbst gefordert.